



Reden

04.02.2009

Thema: Aufnahme Uigurischer Guantanamohäftlinge

Florian Streibl (FW): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, wertere Kolleginnen und Kollegen! Auch uigurische Häftlinge sind mit der Würde einer Person ausgestattet. Dieses Recht als einer Person kann man ihnen nicht nehmen. Dieses Recht, auch wenn es von einer politischen Gemeinschaft eingeschränkt wird, steht ihnen zu. Sie sind Menschen, die ein ungemein hartes Schicksal hinter sich haben, die aus dem kommunistischen China geflüchtet sind, weil sie dort wegen ihrer politischen und ethnischen Herkunft verfolgt werden. Auf ihrer Flucht kamen sie nach Afghanistan und gerieten dort in die Auseinandersetzungen. Sie mussten wieder fliehen vor den Bomben. Aufgrund von Flugblättern, die von den Amerikanern abgeworfen wurden und in denen zur Denunziation aufgefordert wurde, wurden sie an die Amerikaner verkauft. Sie sind Menschen, die ihre Heimat verloren haben und nicht mehr wissen, wo sie hin sollen. Diesen Menschen, die letztlich unschuldig in Guantánamo gelandet sind, zu helfen, ist eigentlich unsere Pflicht und Aufgabe.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Traurig ist nur, dass diese Häftlinge, auch wenn festgestellt wurde, dass sie unschuldig sind - diese Unschuld ist hier sehr wichtig -, Spielball der Mächte und des politischen Gezänks wurden. Das spielt sich auch hier in diesem Hause jetzt ab. Und das ist traurig. Ich denke, früher oder später werden sie zu uns kommen.

Wenn es so ist, dass in München die größte uigurische Gemeinde in Europa ist, werden sie hier früher oder später Aufnahme finden. Dazu gehört es, dass wir uns bereit erklären, sie aufzunehmen. Das sollten wir so bald wie möglich tun und unsere Hand ausstrecken.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir sind hier in einer doppelten Solidarität gefordert. Die Solidarität gilt erstens den Menschen, die unschuldig gefangen sind und denen zu helfen uns möglich ist. Die Solidarität gilt zweitens den USA, deren Außenministerin Clinton erst wieder betonte, dass wir einer der stärksten Partner der USA sind. Wir sind hier mit ihnen solidarisch und sollten ihnen helfen und beistehen, auch in der Aufarbeitung des unglückseligen Guantánamo. Das ist auch Pflicht eines Partners. Man muss dazu sagen: Das Gefängnis, in dem die Uiguren in Kandahar zunächst inhaftiert waren, wurde auch von 60 KSK-Elitesoldaten der Bundeswehr bewacht. Insofern können wir nicht einfach alle Verantwortung auf Amerika abschieben.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Von daher halte ich auch Punkt 2 des Dringlichkeitsantrags der CSU und der FDP für unredlich. Denn man kann nicht über Jahre hinweg immer betonen, dass die Amerikaner unsere besten Partner sind und dass wir ihnen in der Geschichte sehr viel zu verdanken haben, jetzt aber sagen, dieses Problem haben die USA allein zu verantworten, und die Verantwortung abschieben. Hier nicht solidarisch zu sein, ist eine Schande.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Des Weiteren ist es absolut notwendig, dass hier im Rahmen einer internationalen Lösung gehandelt wird. Denn ein Punkt, an dem sich das ganze Uigurenproblem aufschlüsselt, ist die Tatsache, dass sie aus China kommen und dort verfolgt werden. In Guantánamo sind sie auch



**BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER
Florian Streibl**

von chinesischen Beamten verhört worden, sodass sie nicht mehr nach China zurück können. Jedes Land, das bisher möglicherweise mit dem Gedanken gespielt hat, die Uiguren aufzunehmen, bekam Schwierigkeiten mit der Volksrepublik China. Deswegen ist eine internationale und europäische Lösung hier notwendig. Aber ich hoffe, dass ein bayerischer Ministerpräsident nicht vor einem kommunistischen China kuscht, sondern dass er hier Rückgrat zeigt.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Von daher kann ich den CSU-Antrag nicht unterstützen. Für mich ist er butterweich und ein moralisches Feigenblatt, hinter dem man versucht, sein Gewissen zu verstecken.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Hier ist ein ganz klares Bekenntnis zur Solidarität mit diesen Menschen und mit Amerika absolut notwendig. Dieses Zeichen muss hier gesetzt werden. Hier muss man auch sagen: Jeder einzelne Abgeordnete ist nur seinem Gewissen verpflichtet. Denn hier geht es um Menschen, die aus diesem Gefangenenlager heraus müssen, und um ihr Leben.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Die ganze Geschichte erinnert mich auch ein bisschen an eine Erzählung, die - glaube ich - bei Lukus, Kapitel 10, Vers 27 steht, wo ein Mann von Jerusalem nach Jericho hinuntergeht.

(Zurufe von der CSU: O mei, o mei! - Zuruf von den Freien Wählern: Das kennen die alle nicht!)

- Ach so, okay. Ich bin froh, dass es damals noch keine CSU-Mitglieder gab; sonst hätte man dem Mann damals gesagt, wie schön es in Bayern ist, und wäre weiter gegangen.

(Zurufe von den Freien Wählern und der SPD: Bravo! - Anhaltender, lebhafter Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Streibl, ich bitte Sie noch mal ans Rednerpult. Das ging jetzt im Beifallssturm unter: Frau Kollegin Schopper erbittet das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Theresa Schopper (GRÜNE): Herr Kollege Streibl, sind Sie mit mir der Meinung, dass die CSU aus den Zeiten des Kirchenasyls nichts gelernt hat und heute im Grunde genommen ein Armutszeugnis bezüglich Barmherzigkeit verdient?

(Zurufe von der CSU: O je! - Alexander König (CSU): Jetzt sind wir aber gespannt, was er sagt!)

Florian Streibl (FW): Sagen wir einmal so: Das "C" im Namen der CSU möchte ich heute an dieser Stelle nicht erörtern. Das ist eine Sache, die die Kollegen mit ihrem Gewissen vereinbaren müssen.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)